

Dill-Beitrag

Zeitung für das Dilltal

Dillburger Tageblatt

Amfliches Kreisblatt für den Dillkreis

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillburg

Anzeigenpreise: Die 6spaltige Post-Zeile 20 Pfennig, Achtspaltige: 30 Pfennig, 60 Pfennig. Bei Wiederholungs-Drucken entsprechend Rabatt oder günstige Zeilen-Abkürzungen. Offertexte und Anzeigen durch die Geschäftsstelle 25 Pf.

Verlag: Dillburg, Poststraße 1. — Fernruf Nr. 24. — Postfachkonto 8563 Frankfurt a. M. — Bankkonten: Landesbankstelle Dillburg und L. Pfeiffer, Depositenkasse, Dillburg.

Nr. 291

Donnerstag, den 12. Dezember 1918

78. Jahrgang

Massenfestnahmen in Lothringen.

Wohin steuern wir?

Am Dienstag mittag sind die Garderegimenter in Berlin einmarschiert. Damit ist für die Regierung — wenn sie es will — eine Stütze geschaffen gegen allen Umsturz, der das Reich vollkommen in Trümmer reißen will, um den Wiederaufbau zu bereiten.

Tausende, vielleicht Hunderttausende, waren in den Hauptstraßen Berlins unterwegs, um die einziehenden Truppen zu begrüßen. Es ist wenig gesprochen worden. Die Stunde ist ja zu ernst, als daß man jetzt noch große Reden halten könnte. Auf der südlichen Hälfte des Pariser Platzes, zwischen dem Brandenburger Tor und dem Hotel Adlon, war eine Tribüne errichtet, auf der sich der Volksbeauftragte Herr Ebert, und der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, Erzelenz Bernuth, befanden. Stundenlang dauerte der Vorbeimarsch der Truppen, denen rückhaltlos zugejubelt wurde. Alle, die diesen Einmarsch gesehen haben, mußten sich immer wieder vorstellen, wie schön es gewesen wäre, wenn unsere Truppen als Sieger hätten zurückkehren können. Wenn ihnen das auch nicht vergönnt war, so sind sie doch auch unbefriedigt nach Hause gekommen. Es dauert nur noch wenige Tage, bis überall die Stammregimenter wieder in den Garnisonen sind, in welche sie gehören. Und ebenso wenige Tage dauert es nun wieder, bis auch diese Fronttruppen Wert darauf legen, daß sie bei der Schaffung der Zukunft des Reiches, welches sie in erster Linie verteidigt haben, mitarbeiten werden.

Der militärische Einmarsch der deutschen Kerntruppen in ihre Garnisonen ist heute ein hochpolitisches Ereignis. Deshalb darf auch der Politiker an den hierdurch geschaffenen Tatsachen nicht achtlos vorübergehen. Es handelt sich jetzt darum, die Klärung der Geister herbeizuführen, welche der bürgerlich Gesinnung anstrebt. Es kann nicht weiter mehr geduldet werden, daß einseitige Waffenansammlungen vorgenommen werden, während auf der anderen Seite jeder Versuch der bürgerlichen Elemente, für den Fall einer politischen Auseinandersetzung mit den Waffen ebenfalls gerüstet zu sein, unterbunden ist. Jetzt ist für die Regierung die Zeit des Handelns gekommen. Der Berliner Politiker beobachtet jetzt, daß der Rat der Volksbeauftragten halbe Nächte hindurch tätig ist, um den schwebenden Fragen eine klare Form zu geben. In der Nacht vom 7. auf den 8. Dezember fanden mit dem Volksrat lange Verhandlungen statt. In der Nacht vom 9. auf den 10. Dezember ebenfalls mit verschiedenen Staatssekretären bis gegen Mitternacht verhandelt. Ohne weiteres fähig man, um was es sich in diesem Augenblick nur drehen kann.

Es handelt sich um die Frage, ob der Rat der Volksbeauftragten in der jetzt bestehenden Form noch weiter existenzberechtigt ist. Weiter gibt ja augenblicklich nur noch die Reichshauptstadt und ihre Bevölkerung den Ton der Politik an. Mit diesem Zustand muß man rechnen, bis die Nationalversammlung ihn endgültig ausräumt. Die gegenwärtige Regierung setzt sich zusammen aus drei Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und aus drei Mitgliedern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. Die bürgerlichen Parteien haben verschiedentlich schon die Erklärung abgegeben, daß sie die augenblicklichen Verhältnisse nicht bekämpfen werden. Nur von einer Seite her ist der offene rücksichtslose und brutale Kampf angekündigt worden. Es handelt sich hierbei um jene Gruppe, die dem radikalen Führer Liebknecht gehorcht. Die Spartakusleute sind am Werk, um unter allen Umständen, wie wir das schon öfter betont haben, ihre Pläne durchzuführen. Der Trennungsschritt zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppen muß recht deutlich gezogen werden. Daran hat die Regierung selbst und die ganze Öffentlichkeit ein Interesse. Bisher hat man in ganz kurzer Zeit etwas von einer Umänderung in der Regierung. Wenn diese Aenderung bekannt wird, so wird man aus ihr sehen, wohin wir im Deutschen Reich weiter steuern. Es ist allerhöchste Zeit, daß das Deutsche Reich zur Ruhe kommt, damit endlich einmal an den Aufbau des wirtschaftlichen Lebens gedacht werden kann.

Das Schicksal der Deutschen in Lothringen.

Stuttgart, 11. Dez. (W.B.) An hiesiger militärischer Stelle ist ein Bericht von Flüchtlingen des Arbeiter- und Soldatenrates in Metz eingegangen, aus dem folgendes hervorgeht: In Metz und in ganz Lothringen internieren die Franzosen alle männlichen Personen, deren Eltern nicht vor 1870 in Lothringen gewohnt haben. Sie machen dabei keinen Unterschied, ob es sich um Leute jenseits des wehrfähigen Alters handelt oder um solche, die noch in diesem leben, oder ob es ordnungsgemäß Entlassene sind oder nicht, gleichgültig ob die Entlassung von der Dienststelle oder dem Arbeiter- und Soldatenrat erfolgte. Ferner wird kein Unterschied gemacht, ob es sich um Mannschaften, Unteroffiziere oder Offiziere handelt. Das gleiche haben wir in Oberlothringen bei St. Avold und in Saarbrücken aus dem Munde von Einwohnern gehört. Soweit bekannt, sind allein von Metz 380 Offiziere und 6000 Mann nach Nancy geschickt worden, von wo sie weiter nach Nordfrankreich gebracht werden sollen. Die Franzosen haben dabei das hinterlistige Mittel angewandt, einen Kursturz zu erlassen, wonach sich zu karthagischen Zwecken alle Nichtlothringer im Hotel Terminus zu melden haben. Für Lebensmittel sorgen die Franzosen. Ein Nichtlothringer kann sich in Metz garnicht

aufhalten. Die bekannten französischen Schindlfräßen, wie „fale boche“ gelten einem überall in den Oberrhein. Die Bevölkerung ist ohne Noth, da die Borräte alle weggeschafft sind. Sämtliche Denkmäler sind von ihren Sockeln heruntergerissen worden unter Beihilfe von französischen Offizieren und Priestern. Die Denkmäler wurden soviel als möglich zerstört. Nichtlothringer tun gut daran, sich nicht nach Lothringen zu begeben. Wie es im Oberrhein steht, wissen wir nicht, vermuten aber, daß es genau so ist, ebenso im besetzten Rheinland auf Grund der obigen Mitteilungen von Bürgern aus Saarbrücken. Wir sind in Zivil durchgeschlüpft, da vom 12. November 12 Uhr bis 27. November 12 Uhr Passfreiheit war. Sechs Mitglieder des Soldatenrates wurden verhaftet.

Die übergebene deutsche Flotte.

Berlin, 11. Dez. (W.B.) Von Angehörigen der aus Scapa Flow zurückkehrenden Transportdampfer wird berichtet: Die deutschen Schiffe wurden unter strengster Bewachung in Scapa Flow interniert. Ein Verkehr zwischen deutschen und englischen Schiffen wurde nicht gestattet, ebenso wenig der Verkehr zwischen den deutschen Schiffen untereinander außer einem geringen Signalverkehr. Die deutschen Schiffe wurden genau untersucht. Die amerikanischen Vertreter äußerten ihre Verwunderung über die deutschen Schiffsbauten, besonders über die Panzerkreuzer und das Minenschiff „Bayern“. In der ganzen alliierten Flotte gäbe es kein einziges so vorzügliches Schiff, wie diesen deutschen Minenschiffstyp. Keinerlei Bewunderung wurde den modernen deutschen Zerstörern gezeigt.

Deutsch-tschechisches Abkommen.

Dresden, 11. Dez. (W.B.) Die Wölffs Sächsischer Landesdienst von zutändlicher Stelle erfährt, ist zwischen Vertretern der deutschen Regierung und der tschechoslowakischen Republik zur vorläufigen Regelung einiger besonders dringlicher wirtschaftlicher Fragen eine Vereinbarung getroffen worden, die zunächst bis zum Abschluß des Friedensvertrages gelten soll und durch die in keiner Weise irgendwelche der Regelung einer zwischen beiden betragenden Teilen strittigen Frage in einem späteren Zeitpunkt vorangegriffen werden soll. Danach liefert Deutschland 15 000 Tonnen Steinkohlen und Holz monatlich gegen 70 000 Tonnen Braunkohlen, welche die tschechoslowakische Republik zur Verfügung stellt. Die Beförderung der Kohlen hat zunächst auf dem Wasserwege zu erfolgen. Ferner gestattet die tschechoslowakische Republik die Ausfuhr bestimmter Mengen von Marmelade, Pflaumenmost, getrocknetem Obst, Holz sowie Hartblei. Deutschland liefert Maschinen und Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie unter gewissen Vorbehalten, ferner Chemikalien, soweit es die Befriedigung des inländischen Bedarfs zuläßt, sowie Holz für die Frühjahrswaldung. Der Vertrag regelt endlich den wechselseitigen Eisenbahn- und Schiffsverkehrsverkehr über die Grenze.

Widerspruchsvolle Urteile.

Genf, 11. Dez. Die Ghasagenatur behauptet, in der preussischen Rheinprovinz würden die Besetzungstruppen sehr unternützlich empfangen, wahrscheinlich, um den Sieger für sich einzunehmen und Erleichterungen von ihm zu erlangen. Bisher sah man die Trifolore flattern, und in einem Hotel habe eine Zigeunerkapelle sogar den bekannten Marsch „Sambre et Meuse“ gespielt. Der Rat in all diese Dinge für auf höhere Befehl erfolgte „Camouflage“. Im Gegensatz zu diesen Schilderungen stellt der Exzellenz in einem Nachener Bericht seines Sonderberichterstatters bei der britischen Armee fest, daß die deutsche Bevölkerung wohl der ihr auferlegten Grußpflicht nachkomme, jedoch durch aus finstern Blicken. Weisheitsweise habe der Berichterstatter den Eindruck gewonnen, daß die Bevölkerung noch immer nicht verstehe, warum sie besetzt worden sei. Um ihr diesen Gedanken in den Kopf zu hämmern, sei es notwendig, ihr das ganze Gewicht der Kraft des Verbandes zu zeigen. Auch die Mitteilungen des Berichterstatters über die vorgefundenen Ernährungsverhältnisse stehen im vollkommenen Widerspruch mit den jüngsten Behauptungen der Verbandspresse, daß der deutsche Vorkriegsstand die Wahrheitsansicht einer Hungersnot nicht den Tatsachen entspreche. Der Berichterstatter des Exzellenz hebt hervor, daß er überall nur Ersatzstoffe anstelle der natürlichen Produkte gefunden habe, selbst in den ersten Gasthäusern. Obachtens Gemüse sei noch ausreichend anzutreffen.

Bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit.

London, 11. Dez. (W.B.) Reuters Lord Robert Cecil sagte in einer Versammlung in Detmold, die einzige befriedigende Regelung würde sein, daß die Alliierten feststellen, wieviel Deutschland zahlen könne, und daß sie die betr. Summe verlangen und unter diejenigen der Alliierten, die darauf Anspruch haben, verteilen. Ein Unterschied zwischen Wiedergutmachung, Kompensation und Kriegsschuldigung sollte nicht gemacht werden. Deutschland müsse bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zahlen. „Daily Express“ hört, daß zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten informatorische Besprechungen über die Freiheit der Meere im Gange sind, wobei Wilson konkrete Vorschläge machte, die den Forderungen Englands bezüglich des Rechts der Durchsicherung, des Kontorbandesgesetzes und des Blockadesgesetzes gerecht werden.

Rheinisch-westfäl. Republik u. Reichsleitung.

An das deutsche Volk!

Berlin, 11. Dez. (W.B.) Am 4. Dezember 1918 forderten in zwei Versammlungen in Köln unter Führung ehemaliger Zentrumsgesandter, die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien im Rheinland, in Westfalen und in anderen Ländern am Rhein auf, die Proklamierung einer dem deutschen Reich angehörigen selbständigen rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten. Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten es demgegenüber für ihre Pflicht, zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht die Abtrennung oder Selbständigmachung ehemaliger Teile des Reichs oder Preußens vom Gesamtgebiet ist, sondern die kraftvolle Zusammenfassung und die Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen deutschen Republik einheitlich und volkswirtschaftlich regelt. Diese Aufgaben mit selbstverständlicher Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einberufene deutsche Nationalversammlung und die von ihr festzusetzende Reichsverfassung entschieden werden. Dabei wird auch das künftige Schicksal des preussischen Staates endgültig bestimmt werden. Die Neuorganisation seines Staatsgebietes dürfte durch aus im Gange der wahrscheinlichen Entwicklung liegen. Hierbei verfassungsmäßig mitzuwirken, sind diejenigen „anerkannten Vertreter des Volkswillens“ berufen, die auch im Rheinland und Westfalen unter dem freiesten Wahlrecht der Welt zur Nationalversammlung entsendet werden. Auf das entscheidende aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Wertsetzung ein gegen Bestrebungen, wie sie in Köln zutage traten. Die Einheitlichkeit des Reiches wird nicht „gewahrt“, sondern gefährdet durch die völlig grund- und beweislosen Behauptungen, es bestehe die „völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen“; vielmehr sind die Kölner Beschlüsse einseitig und im höchsten Grade geeignet, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schwierigen Übergangszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu hindern und zu schwächen. — Die Volksbeauftragten sind deshalb gewiß, daß auch im Rheinland und in Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten deutschen Reiches und ihre provisorischen politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Zerstückelungsversuche offener oder verdeckter Art zu bereinigen und dementsprechend zu handeln.

Berlin, 11. Dezember 1918.

Die Volksbeauftragten: Ebert, Haase, Landsberg, Barth, Dittmann, Scheidemann, Dr. Preuß, Staatssekretär.

Verhülle Auslieferung Wilhelms II?

Haag, 11. Dez. Van Meidungen holländischer Blätter erklärte der Ministerpräsident in der Kammer inbezug auf den deutschen Exkaiser folgendes: „Der gegenwärtige Zustand ist nur ein vorläufiger. Was weiter geschehen wird, hängt in erster Reihe von der Gestaltung der internationalen Verhältnisse ab. Die Verantwortung einer eventuellen weiteren Anfrage inbezug der Auslieferung des Kaisers richtet sich nach dem Gesetz und den Verträgen. Es ist möglich, daß die ausländischen Regierungen gemeinsam mit Holland die Wahl eines neuen Aufenthaltsortes für den Kaiser in Erwägung ziehen werden. Die holländische Regierung wäre nicht abgeneigt, einem solchen Aufenthaltswechsel zuzustimmen, wenn Holland bei dieser Beratung den Platz einnimmt, der mit der Würde und Ehre des Landes übereinstimmt.“

Basel, 11. Dez. Der Korrespondent der „Montingpost“ meldet aus dem Haag: Das Verhalten des deutschen Kaisers in seinem holländischen Asyl läßt immer mehr die Annahme zu, daß der Kaiser geistig krank ist. Der Kaiser ist von heftiger Laune, ergeht sich in Scherzen und Witzen über seine Absetzung und spricht von den Vorgängen in Deutschland, als gingen um diese nichts an. Er fragt nur über Kopfschmerzen. Jemand eine feilsche Einwirkung des kaiserlichen Sturzes seines Hauses ist bei ihm nicht eine einzige Stunde wahrnehmbar gewesen. Selbst kein Gastgeber ist sprachlos über das Benehmen Wilhelms, das man sich nur durch geistige Erkrankung erklären kann. Der Fall Wilhelms steht jedenfalls vor einer neuen eigenartigen Phase. (Die Meldung ist mit Vorsicht anzunehmen. Die angebliche Geisteskrankheit wird wohl nur einen Vorwand bilden sollen zur Internierung des früheren Kaisers. Red.)

Reichstageseinberufung?

Berlin, 11. Dez. (Z.N.) Die Exzente ist allem Anschein nach tatsächlich nicht geneigt, mit der sozialistischen Regierung und den Arbeiter- und Soldatenräten Deutschlands zu verhandeln, da sie in diesen Körperschaften keine Vertretung des gesamten deutschen Volkes erblickt. Sie dürfte morgen bei den Verhandlungen über die Verlängerung der Waffenstillstandsfrist in Trier eine dahingehende Erklärung abgeben. Angesichts dieser Sachlage finden im Kabinett Verhandlungen über die Frage statt, ob der Reichstag wieder einberufen sei, um der gegenwärtigen Regie-

wang eine parlamentarische Grundlage zu geben. Man wagt daher in unterrichteten Kreisen damit, daß der Reichstag bereits Anfang nächster Woche zusammentritt.

Abfassung des künftigen Heeres.

Berlin, 11. Dez. (A.L.) Die Reichsleitung trägt sich mit der Absicht, ein Volkshocher zu bilden, das an die Stelle des früheren stehenden Heeres treten soll. Endgültige Beschlässe über den Umfang der Wehr sind jedoch nicht gefaßt worden.

Gegen überreichte Sozialisierung.

Düsseldorf, 10. Dez. In einer von der sozialdemokratischen Mehrheitspartei veranstalteten stark besuchten Versammlung sprach der bisherige Landtagsabgeordnete Otto Hue insbesondere auch über die Sozialisierung unserer Produktionsmittel. Er verneinte dabei die Frage, ob die Sozialisierung unserer großen, außerordentlich komplizierten Industrie gerade jetzt notwendig sei. Schon Marx habe als geeigneten Zeitpunkt für die Ueberführung in die Gemeinshaft denjenigen Zeitpunkt erachtet, wo Ueberfüllung in der Produktion vorliege, was doch jetzt gewiß nicht der Fall sei. Und weiterhin werde sich die Sozialisierung der Produktionsmittel bei uns nur durchführen lassen, wenn sie allgemein durchgeführt werde. Aber wer glaubt daran, daß sie jetzt in Frankreich, England und Amerika zu erwarten sei? Für Deutschland allein aber würde die Durchführung der Sozialisierung nur bedeuten, daß das Land als Konkursverwalter aufzutreten werde. Heute würde mancher Kapitalist froh sein, wenn ihm die Verantwortung abgenommen würde. Aus der Mitteilung der Sozialisierungskommission ist, erklärt weiter, daß alle Mitglieder der Sozialisierungskommission der gleichen Meinung seien, daß keine diskursiven Experimente gemacht werden dürfen und die Ueberführung in die Gemeinwirtschaft nur dann geschehen könne, wenn sie auch im allgemeinen Interesse sei.

Eine Erklärung der Düsseldorfer Industriellen.

Düsseldorf, 9. Dez. (W.B.) Die Versammlung der Düsseldorfer Industriellen hat folgende Entschlüsse gefaßt: „Die fortgesetzte in der Presse und in Versammlungen wiederkehrende Behauptung, die rheinisch-westfälische Großindustrie erfordere aus kapitalistischen Gründen die Errichtung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik, veranlaßt die Düsseldorfer Großindustrie zu folgender Erklärung: Die heute abend versammelten Vertreter der Düsseldorfer Großindustrie erklären einmütig, daß sie niemals den Gedanken erwoagen haben noch erwoagen werden, die Schaffung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik zu befürworten. Sie halten fest am Deutschen Reich und mißbilligen alle auf eine Teilung Deutschlands in einzelne Republiken hinielenden Bestrebungen. Nach Benehmen mit einer großen Anzahl von Industriellen der Großindustrie Rheinlands und Westfalens sind wir zur Feststellung der Tatsache berechtigt, daß auch diese denselben Standpunkt vertreten und niemals mit einer solchen oder ähnlichen Anregung herbeigetreten sind, so daß jene in der Presse und in Versammlungen immer wiederkehrende Behauptung in nichts zusammenfällt. Ebenso unbegründet und sinnlos ist das Gerücht, daß die Großindustrie des Westens die Besetzung ihres Gebietes durch die feindlichen Truppen betreiben. Auch diese Behauptung ist glatt erfunden. Die vorstehend behandelte Behauptung zur Herabsetzung Deutschlands zeigen, wie dringend notwendig es ist, die Rationalversammlung in der nächsten Zeit zu berufen, da jeder Tag der Verzögerung die politische Verwirrung steigert und außerdem den wirtschaftlichen Zusammenbruch beschleunigt. Die Industrie Rheinlands und Westfalens muß daher auch von diesem Gesichtspunkt aus die schnellste Einberufung der Rationalversammlung dringend fordern.“

Entlassungen bei Krupp.

Essen, 11. Dez. In einer Krupp'schen Arbeiterversammlung wurde mitgeteilt, daß bisher ungefähr 50000 Arbeiter entlassen worden seien und weitere Entlassungen bevorstünden. Die Versammlung beschloß, bei der Firma zu beantragen, verbeirterte Arbeiter weiter zu beschäftigen, bei Kündigung aber eine mindestens sechsmonatige Kündigungsfrist zu gewähren. Ein weiterer Antrag auf Aufhebung der Alfordlöhne und Einführung von Einheitslöhnen wurde dem Arbeiterratsrat als Material überwiesen.

Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 11. Dez. Der Vorsitzende des politischen Komitees in Preußen, Paul Hirsch, sprach im Berliner Schellfellerklub über die politische Lage. Er teilte der Preussischen Zeitung zufolge u. a. mit, daß die Regierung beabsichtige, ein selbständiges Wohnamt zu gründen, etwa nach Art des preussischen Wohnungskommissariats. Dieses Amt soll vor allem Aufklärung über die schädlichen Folgen übertriebener Lohnforderungen in den Kreisen der Arbeiter verbreiten. Angefichts der schlechten Finanzlage — in Preußen rechnet man an Stelle der früheren großen Ueberschüsse mit einem Fehlbetrag von 1/4 Milliarde — wird in nächster Zeit eine Erhöhung der Eisenbahntarife für Personenbeförderung um mindestens 60 v. H. eintreten.

Ein mißglückter Erpressungsversuch.

Gegen den früheren Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg ist, wie die „Reizener Zeitung“ meldet, dieser Tage ein pumper Erpressungsversuch verübt worden, der zur Verhaftung eines der Täter geführt hat. Herr v. Bethmann-Hollweg erhielt ein Schreiben, worin ihm mitgeteilt wurde, daß sich eine „Vereinigung zum Schutze hochgeachteter Persönlichkeiten“ gebildet habe. Diese Vereinigung habe erfahren, daß gegen den früheren Reichskanzler ein Anschlag geplant sei. In einem weiteren Briefe wurde mitgeteilt, daß die Schutzvereinigung bereits mit Erfolg eingegriffen habe und der Anschlag völlig vereitelt worden sei. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß die Sache natürlich Geld gekostet habe, die Vereinigung aber nur aber geringe Geldmittel verfüge, und Herr v. Bethmann-Hollweg ersucht, eine bestimmte Summe an eine angegebene Postadresse abzusenden. Der Adressat ging scheinbar auf die Sache ein, benachrichtigte aber sofort die zuständige Polizeibehörde, und dieser gelang es, den Erpresser in der Person eines Matrosen festzunehmen. Der Verhaftete wurde zunächst in das Reizener Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert, von dort aber, nachdem er einen vergeblichen Fluchtversuch unternommen hatte, nach Oberwalde übergeführt.

Besetzung Bosens und Schlesiens?

Amsterdam, 11. Dez. Nach einem Tagesbericht aus Amsterdam sind die polnisch-amerikanischen Divisionen unter dem Befehl des Generals Halber nach Havre abgereist, von wo sie sich nach Danzig einschiffen werden. Sie werden die Provinzen Posen und Schlesien besetzen und ihr Hauptquartier in Posen aufschlagen. Diese Meldung, die schwere Beunruhigung hervorrufen muß, klingt tatsächlich kaum glaublich. Denn es ist klar, daß sie den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, die für den Osten

die Einhaltung der Reichsgrenze festlegen, glatz zuwiderläuft. Auffklärung und nötigenfalls schleuniger einschreitender Protest der Reichsregierung ist dringend geboten. (Die Red.)

Besetzung des Berlin.

Haag, 11. Dez. Der britische drahtlose Dienst veröffentlicht folgende Meldung: Die gegenrevolutionäre Bewegung in Berlin will einen Bürgerkrieg, einen Bürgerkrieg, dessen Ausbruch, wie verlautet, besonders blutig werden würde. Daher begrüßt das Volk die Hilfe der Alliierten und verlangt, daß die Besetzung bis nach Berlin zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausgebeugt werde.

Die Unzufriedenheit in Bayern.

München, 9. Dez. Der Landesverband der bayerischen Presse, als berufene Vertretung der Presse Bayerns, drückte seine Empörung darüber aus, daß in dem „freien Volksstaat“ fortgesetzt die Freiheit der öffentlichen Meinung in unerhörter Weise verweigert wird. Ein Staat, der den Bürgern nicht die Freiheit der öffentlichen Meinung gewährt, kann, sei nur das Zerbild eines freien Volksstaats. — Zwischen den vereinigten Verbänden des bayerischen Lehrpersonals und dem bayerischen Minister für soziale Angelegenheiten Unterleutnant spielt sich ein merkwürdiger Gedankenaustausch ab, in dessen Verlauf das Organ der Verbände folgendes erklärt: Die neue Freiheit, welche die bayerische Beamtenschaft und das bayerische Volk gegenwärtig genießen, trifft so wenig ihren Geschmack, daß durch das ganze Land ein einziger Schrei nach der Rationalversammlung geht, damit sie die Erlösung aus dem jetzigen gefesselten Zustand und von dem Druck der unverantwortlich und unumschränkt herrschenden Machthaber bringe.

Aufträge der Eisenbahn für 3/4 Milliarden.

Die preussische Eisenbahnverwaltung hat im ganzen durch ihre Bau- und Beschaffungsämter Aufträge im Werte von über 3 Milliarden Mark in Aussicht genommen, abgesehen noch von 600 Millionen Mark für Wasserbauten. Infolge dieser Maßnahmen kann die Eisenbahnverwaltung etwa 100000 Menschen mehr beschäftigen. Die während des Krieges in den Eisenbahnbetrieben eingestellten Frauen, deren Zahl sich auf rund 100000 belief, sollen langsam aus dem Dienste herausgezogen und durch männliche Angestellte ersetzt werden.

Preisrückgang im Weinhandel.

Man schreibt aus Süddeutschland: Die rückgängige Bewegung im Weingeschäft setzt sich unaufhaltsam weiter fort, und zwar laufen dahingehende Meldungen aus allen Weinerezeugungsgebieten ein. Am stärksten war der Preisfall in der Pfalz und an der Mosel. Der Handel sieht davon ab, Einlegungen vorzunehmen, so daß das Geschäft fast ganz ins Stocken geraten ist. Als Käufer treten zurzeit nur noch Wirte, die Einkäufe für sofortigen Verbrauch vornehmen, auf. Obwohl z. B. in der Südpfalz 1000 Liter bereits mit 2000 Mk. abgegeben werden, glaubt man dort noch nicht, daß der Tiefstand schon erreicht ist. Im Detailgeschäft ist das Viertel in Neustadt jetzt für 1 Mk. zu kaufen, gegen vorher 1,80 Mk., 2 Mk. und 2,20 Mk.; in Deidesheim, Königsdorf und Ruppertsberg wurde der Ausschankpreis auf 1,20 Mk. festgesetzt. Auch in Kreuznach kostete das Viertel nur noch 1 Mk. Auch aus Württemberg und Bayern wird große Zurückhaltung im Weingeschäft gemeldet.

Aus dem besetzten Gebiet.

Wien, 11. Dez. (W.B.) Nach den englischen Berichten ist der Aufenthalt auf der Straße von sieben Uhr abends bis sechs Uhr früh weitestgehender Weise verboten. Die Zeitungen dürfen ohne schriftliche Erlaubnis nicht erscheinen. Die Benutzung des Fernsprechers ist verboten. Telegramme sind nur für bestimmte Tageszeiten zugelassen und sind zensurpflichtig. Die Offiziere sind zu gräßen.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Amsterdam, 11. Dez. Der französische Minister für öffentliche Arbeiten hat die Unternehmung betreffs der Wege im Kriegesgebiet abgeschlossen. Es sind 1800 Brücken zu erneuern, wofür 40000 Tonnen Stahl notwendig sind. Ferner sind 120 Schienen und 5000 Kilometer Schienenwege zu erneuern. — Die Wlieferung des deutschen Materials geht, dem „Martin“ zufolge, unerhört langsam vor sich. Das Ende des Termins für den Waffenstillstand nähert sich, sagt das Blatt, und weder Lokomotiven noch Wagen würden bei der französischen Eisenbahn in Dienst gestellt.

Aus Oesterreich.

Prag, 11. Dez. (W.B.) In Kuffig kam es gestern nachmittag und abend zu umfangreichen Plünderungen. Große Menschenmengen drangen in die Kaufäden ein und zerstörten und plünderten sie. Polizei und Volkswache waren völlig ohnmächtig gegen die tobenden Massen. Gegen 8 Uhr abends zog der Soldatenrat Verstärkungen heran, doch vermochten sie den Plünderungen keinen Einhalt zu tun. Es wurden Gewehre und Maschinengewehre in Tätigkeit gesetzt und bis in die späten Abendstunden stark geschossen, wobei bisher drei Tote und fünf Schwerverletzte zu verzeichnen sind. Die Zahl der Verletzten ist sehr groß. Bis 11 Uhr abends dauerten die Plünderungen noch an. Auch in dem benachbarten Schmilowien kam es bereits nachmittag zu Ausschreitungen, wobei das Militär von der Waffe Gebrauch machen mußte. Mehrere Personen wurden dabei verletzt.

Der bolschewistische Bandenkrieg.

Berlin, 10. Dez. (W.B.) Wie die Presse-Abteilung der baltischen Lande mitteilt, nähert sich der bolschewistische Bandenkrieg infolge des Abrückens der deutschen Truppen von Riga bereits Mittelstand. Für das Getreidegebiet, ohne das Riga vor Hunger stirbt, und um Riga selbst zu schützen, organisiert der deutsch-baltische Nationalausschuß in Riga Landeswehr-Kompanien, die gemeinsam mit den Truppen der deutschen Republik die bolschewistischen Einfälle zurückzuschlagen sollen. Zahlreiche wehrfähige Baltien aus Deutschland, baltische baltischen Kriegsveteranen der deutschen Armee und andere deutsche Freiwillige treten in diese Kompanie ein, deren Meldestelle sich in Berlin, Marchstraße 4 und in Riga in der Peter-Realschule, Puschkin-Boulevard, befinden. Wird Riga nicht behauptet, so ist auch Kurland verloren und Ostpreußen in unmittelbarer Gefahr.

Die Versorgung Deutschlands.

Zürich, 11. Dezbr. (A.L.) Von gutunterrichteter Seite, die mit englischen amtlichen Stellen sehr nahe Beziehungen unterhält, verlautet hinsichtlich der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, daß sich die Verbände darüber klar sind, daß Deutschland mit Lebensmitteln versorgt werden müsse, jedoch nur in dem Maße, wie es durch die tatsächliche Notlage berechtigt erscheine. Eine solche Notlage bestehe in den größeren Städten, jedoch nicht auf dem flachen Lande. Die Lieferung von Lebensmitteln müsse sich demnach

unter diesen Gesichtspunkten vollziehen. Es sei weiterhin berechnet worden, daß im ganzen die Bevölkerung, die mit Lebensmittel zu versorgen sei, auf 37 Millionen anzusehen ist. Ein entsprechender Beschlag lag bei den zuständigen Stellen bereits vor, jedoch sei eine Entscheidung noch nicht gefaßt.

Der einjährig-freiwillige Dienst.

Die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst bildete bisher für die höheren Lehreinrichtungen ein großes Hindernis für einen geistlichen Fortgang des Unterrichts, weil dadurch eine Reihe von Schülern veranlaßt wurde, ohne inneren Drang und ohne Fähigkeit zum Studium wenigstens bis zur Erlangung der wissenschaftlichen Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst an den Anstalten zu bleiben. Um hier eine Entlastung der höheren Lehreinrichtungen herbeizuführen, ist das bayerische Ministerium für Unterricht und Kultus mit dem Ministerium für militärische Angelegenheiten ins Benehmen getreten, um die Reichsleitung zur Abschaffung des einjährig-freiwilligen Dienstes zu veranlassen.

Wie es zur Matrosenerhebung in Kiel kam.

Obermatrose Karl Funk (Großer Kurfürst) schreibt der Frankfurter Zeitung: Durch Gespräche und Bemerkungen, die ich täglich mit andern machte, erfuhr ich, wie wenig doch das Publikum über die Beweggründe Bescheid weiß, die schließlich zu den Vorgängen in der Hochseeflotte führten, welche von da aus auf die gesamte Marine übergriffen und den Anstoß zur politischen Revolution gaben.

Linienfahrer wie Panzerkreuzer waren in den letzten Monaten durch Schiffsfahrten für unsere Ainenjäger, die täglich neue Fahrtrassen frei machen mußten, sehr in Anspruch genommen worden. Es war ein einjähriger, doch kein leichter Dienst, auch die Grippe hatte kein Schiff verschont. Daß die Stimmung der Besatzungen, die zum größten Teil vier Jahre an Bord waren, keine glänzende war, läßt sich denken. Ich habe aus manchem Munde zu hören bekommen: was wollten die unsere Feldgrauen sagen! Es sollte sich aber jeder überlegen, wie schwer es ist, vier Jahre unter immer denselben Wälzstein und Gefahren zu leben, mit genügender Zeit, um sich jede Gefahr ausmalen zu können, mitunter wochenlang mit keiner anderen Verbindung mit Land als durch die Post. Die dochnehnte Pflicht aller Offiziere wäre es nun gewesen, es den Mannschaften, im Hafen und auf See, nicht unnütz schwer zu machen, bis auf einige rituelle Ausnahmen war aber das Gegenteil der Fall. Das Erzürnen wurde immer und immer wieder durchgeführt. Freiheit stand oft bloß auf dem Pappe ungerichte Disziplinstrafen, Einschüntungen und Schikanen im Hafenurlaub nahmen überhand. Daß wir kein Friedensessen bekommen konnten, mußten und verstanden wir alle, daß die Offiziere aber jeden Tag Braten und Nachschick (Ruchen usw.), Sonntags sogar zwei Gänge, aßen, Alkohol und Rauchwaren in großen Mengen hatten ohne die anderen Spezialitäten, verstanden wir nicht. Sie, die unsere Führer waren, hätten uns auch darin vorangehen sollen, aus sich selbst heraus Einschränkungen sich auferlegen sollen, mußten sie doch, wie die Heimarbeit und wie ihre Mannschaften über die Besetzung klagen. Doch nichts wurde getan. — Alles dies trug dazu bei, die Abneigung unter den Mannschaften auf das höchste zu treiben.

Wir lagen am 31. Oktober wieder einmal auf Vostok-Heide, zuerst mit unser Geschwader, im Laufe des Tages und Abends versammelte sich so nach und nach die gesamte deutsche Flotte auf der Heide. Es wurde uns bekannt gegeben, daß in der Nacht nach „Reklar“ gemacht werden würde, um im Laufe des kommenden Tages Gefechtsbilder zu fahren. Durch Helmkeitschlechte, die aus Wilhelmshaven kamen, hatten wir erfahren, daß die Fahrt schon für einen früheren Zeitpunkt geplant gewesen sei, daß aber die im Hafen liegenden Schiffe am Auslaufen verhindert worden seien oder es verzögert hätten. Im Laufe des Abends wurde nun unter den Besatzungen sämtlicher Schiffe bekannt (durch wen und wie, entziehe ich meiner Kenntnis), daß wir die englische Flotte, welche sich mit ihren sämtlichen Einheiten in der Nordsee aufhalte, angreifen sollten. Der erste Gedanke, der uns allen kam, war: Das ist das Ende unserer Schiffe und von uns allen, und zwar für nichts, als zur Befriedigung des Ehrgeizes einiger Kommandanten. Der zweite Gedanke war: Der Reichskanzler steht im Rotenwehler mit Wilson, und wir beginnen eine Seeressenssion, das bedeutet sofortigen Abbruch aller durch die Ruten geschaffenen Beziehungen, und der Feind hat einen neuen Kriegsgrund. Dies alles bewirkte eine große Erregung unter den Besatzungen, die natürlich den Offizieren auffallen mußte. Es wurde nun von den Besatzungen einzelner Schiffe folgende Resolution aufgestellt:

„Greift der Engländer uns an, so stellen wir unseren Mann und verteidigen unsere Küsten bis zum Meerestode, aber wir selbst greifen nicht an. Weiter als bis Helgoland fahren wir nicht, andernfalls wird Feuer ausgemacht.“

Daraufhin unterließ das Auslaufen, und die verschiedenen Verbände nahmen ihren alten Platz ein. Ihren Vorkostenplatz wieder ein. Unser drittes Geschwader wurde zur Erholung nach Kiel befohlen. Auf den meisten Schiffen ging alles glatt ab, die Kommandanten gaben die Versicherung, daß kein Schiff und Menschenleben unnütz aufs Spiel gesetzt würde. Doch auf einem Schiff unseres Geschwaders wurden Verhaftungen vorgenommen und die Betreffenden in Kiel an Land gebracht. Ein zur Befreiung derselben veranstalteter Demonstrationzug wurde mit Gewehrfeuer auseinandergejagt. Dies gab den Anstoß zu den Kieler Wirren. Nach den ersten Todesfällen kam die allgemeine Empörung zum Ausbruch. Die Kieler Arbeiter ergriffen nun die Gelegenheit, erklärten den allgemeinen Ausstand und bildeten Arbeiterräte, denen sich Soldatenräte der dortigen Marineteile anschlossen. Diese Bewegung griff rasch auf die gesamte Marine über.

Aus dieser Darstellung kann jeder ersehen, daß wir Matrosen nichts anderes gewollt haben, als die Abstellung der Schäden, die unerträglich geworden waren, und die Beseitigung einer wahnhaften Verzweiflungsthat unserer Flotte. Die Matrosen trifft gewiß keine Schuld an den furchtbaren Verhängnissen des Waffenstillstandes; unsere Flotte war allezeit gefechtsbereit, und unsere Seerwart war nie durch Feindesgewalt zusammengebrochen.

Kleine Mitteilungen.

Berlin, 10. Dez. Nach einer Bekanntmachung des Stadtkommandanten Weis ist nunmehr die Aufstellung eines 10000 Mann starken republikanischen Soldatenwehrs, die die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Berlin zur Aufgabe hat, beendet.

Danzig, 11. Dez. (W.B.) Wie kürzlich mitgeteilt worden ist, hat Geh. Kommerzienrat August Benzke in Gdansk seinen ganzen Betrieb zwecks Sozialisierung seiner Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt. Nach einer Meldung der „Danziger Zeitung“ haben nunmehr die Arbeit-

...dieses Angebots abzuweichen, weil es eine ... Konjunktur beschaffen und es für besser ... das Unannehmen in einer starken Hand bleibt.

Amsterdam, 11. Dez. (T.L.) Nach der „Daily Mail“ ... der letzten Interalliierten-Konferenz Marshall hoch ... haben, daß die Waffenstillstandsbedingungen in ... Punkten, insbesondere der Auslieferung des Eisen- ... nicht vollständig erfüllt würden, und darauf ... erhalten habe, ihre Erfüllung durch Deutschland ... die ihm angemessenen erscheinenden Mittel zu erzwingen.

Amsterdam, 11. Dez. (T.L.) „Daily Telegraph“ mel- ... Rom, daß nach der „Agence Secojonion“ die ita- ... Regierung beschließen habe, die österreichische ... Flotte zu requirieren.

Osaka, 11. Dez. (T.L.) Halbamtlich wird aus Pa- ... gemeldet, daß der neue spanische Ministerpräsident ... den deutschen Gesandten, Bringen Kattbor, ... seiner Spionage und deutschen Propaganda aus- ... sen werde.

London, 11. Dez. (T.L.) Meldung des Reuterschen ... Churchill sagte in einer Rede, die er in Dundee ... die finanziellen Fragen hielt, u. a., England sei an ... Vereinigten Staaten schwer verschuldet. Es habe für ... Millionen Gold und 800 bis 1000 Millionen an Wert- ... nach Amerika geschickt. Die Einzahlung für die ... und der Zinsverlust für die Wertpapiere würden ... der folgenden Jahre England eine sehr ernste ... e auferlegen.

Berlin, 11. Dez. Dem „Berl. Volkt.“ zufolge meldet ... „Daily Mail“ aus London: Der angebrochte Ausstand ... 100 000 Regulärarbeiter von Lancashire ist eingetreten, ... man ihnen die 60 Proz. Lohnerhöhung nicht bewilligen ... Infolge werden etwa 200 000 Arbeitslose zu zählen ... Die Streikliste des Verbandes verläuft über eine Mi- ... Pfund Stierling, sodaß der Streik mehrere Monate durch- ... ten werden könne.

Lokales und Provinziales.
Einquartierung. Infolge des gestern veröffent- ... Befehls an die 105. Inf.-Div., am 13. ds. Mts. ab- ... den, versammelten sich die Vertrauensräte der Division ... beschließen, die Zurücknahme dieses Befehls zu erbitten, ... sowohl der 105. als der 5. und der 84. Division in Aus- ... gestellt worden sei, von hier aus in die östliche Heimat ... aben zu werden. Eine Entscheidung steht noch aus, doch ... es zunächst fest, daß die Division am 13. cr. noch nicht ... t.

Das Bucheckernsammeln. Auf einen Antrag ... Arbeiter- und Soldatenrates Dillenburg betr. die Auf- ... der Verordnung vom 30. Juli 1918 ging vom Staats- ... des Reichsernährungsamtes folgende Antwort ein: ... die Verordnung über Bucheckern vom 30. Juli 1918 (R.-G.- ... S. 987) gewährt dem Sammler eine weitgehende Freiheit ... der Verarbeitung der Bucheckern, indem von einer allgemeinen ... felerung und Beschlagnahme Abstand genommen ist und ... diejenigen Bestimmungen getroffen sind, welche im Inter- ... der allgemeinen Vervollständigung der Bevölkerung un- ... erforderlich erschienen. Demnach steht die Verordnung ... daß bis zur Höhe der bei der Vornahme fest abgelesenen ... eckern ein Schlagschein ausgestellt wird, welcher dem Samm- ... eine anrechnungsfreie Verwendung der Bucheckern als Be- ... nung für seine Sammeltätigkeit, abgesehen von dem erheb- ... Sammellohn, gewährt. Durch diese Regelung ist eine ... unerschöpfliche Beginnigung der in der Nähe von Buchen- ... wohnenden Bevölkerung gegenüber derjenigen ge- ... die nicht Belegene hat, Bucheckern zu sammeln. ... Bezugnahme kann nur darin ihren Ausdruck finden, ... der Sammler seine Arbeit zu Zwecken der allgemeinen ... herfürsorge in dem gleichen Maße zur Verfügung stellt, ... er Bucheckern für sich behält, also die Hälfte der gesam- ... abliefern. Infolge der dringenden Zeitknappheit ist es ... bedingt erforderlich, daß dieser Teil der gesammelten Buch- ... der Gesamtbevölkerung nach Verarbeitung in Gestalt ... Margarine zugeführt wird. Ueber die oben ausgeführte ... vorzuzug der Bucheckernsammler sind schon Mägen bei ... vorgebracht worden, denen eine Berücksichtigung nicht abge- ... werden könnte, wenn die ganze gesammelte Menge ... Sammlern zur Verfügung gestellt und somit der Allgemein- ... entzogen würde. Ich darf der Erwartung Ausdruck geben, ... sich auch die dortige Bevölkerung ihrer patriotischen Pflicht ... entziehen wird. J. A. v. Cnerna."

Gerste für Graupen statt für Bier. Um ... mehr Gerste für die Herstellung von Graupen und ... Brotstreckung freizumachen, hat der Staatssekretär des ... ernährungsamtes Wurm angeordnet, daß die Gersten- ... felerung der Bierbrauereien wesentlich einzuschränken ist. ... Brauereien werden nur bis zu 5 v. H. des Friedens- ... brauchs an Gerste beliefert werden. Durch diese Anord- ... wird die den Brauereien überwiesene Menge Gerste ... um ein Drittel der bisherigen Belieferung gekürzt, und ... ist Sorge getragen, daß die freiverdende Menge im Be- ... von ungefähr 27 500 To. sofort den Graupenmühlern ... geführt wird. Eine weitere Kürzung war nicht möglich, ... die Brauer bereits beliefert waren und Gerste ver- ... hätten.

Vorversorgung mit Lebensmitteln, die ... in angemessenen Grenzen hält und im Hinblick auf die ... kommende schwere Zeit gerichtsgerichtet erscheint, soll gesichert ... gegen Eingriff gesichert sein. Auf diesem grundsätzlichen ... standpunkt steht das Reichsernährungsamt. Es wird am ... mitgeteilt: „Man wird bedenken müssen, daß der Geist ... der Vorzorge für kommende schwere Zeiten der Bevölkerung ... diesen muß und daß ein plumpes und unge- ... hängtes Vorgehen leicht auch die Vorkämpfer erlaubter ... errechte veranlassen könnte, diese in unwirtschaftlicher Weise ... berechnen oder zu vergeuden. Das Reichsernährungsamt ... schäftigt sich auf das eingehendste damit, Richtlinien für ... einschikliches und sachgemäßes Vorgehen auf diesem Ge- ... te aufzustellen. Es erscheint erwünscht, daß die einzel- ... örtlichen Stellen sich bis zum Erscheinen dieser Rich- ... solcher Sondermaßnahmen enthalten. Die Rich- ... werden versuchen, allen Ansprüchen, insbesondere auch ... rüchigen Volksteile, die durch Heeresangehörige erlaubter- ... hende Nahrungsmittel erhalten und vorsorglich aufbewahrt ... werden, gerecht zu werden. Es kann daher vor dem vor- ... tigen Verzehr und der Vergebung solcher Lebensmittel ... dringend gewarnt werden.“

Eingefrorene Kartoffeln, die man noch nicht ... ergen konnte, fallen nach dem Räte eines erfahrenen Land- ... rts jetzt nicht herausgeholt, sondern lieber in der Erde ... lassen werden, bis der Boden wieder völlig aufgetaut ist. ... der betr. Gewährsmann erwähnt, findet man bekann- ... alljährlich aus den Feldern Kartoffeln der vorjährigen ... reite, die beim Ausbuddeln übersehen worden waren und ... der Überwinterung im Erdboden meistens doch völlig ... lesbar geblieben sind. Es steht deshalb nichts entgegen, ... Ueberwinterung, die eines Art Einmütiung gleich-

kommt, auch bei größeren Mengen Kartoffeln als verhältnis- ... mäßig gefahrlos voraussetzen zu dürfen, weil eben die auf- ... mähige Erde den Frost wieder herausziehen dürfte. Wer- ... den solche Kartoffeln dagegen jetzt aus dem Boden gewalt- ... sam herausgeholt, so sind sie unter allen Umständen ver- ... dorben.

Für das Bäcker- und Konditoreigewerbe ... bringt die am 15. Dezember in Kraft tretende Verordnung ... des Rates der Volksbeauftragten vom 2. Dezember wichtige ... neue Vorschriften. Den Arbeitgebern wird unter- ... sagt, wegen Einführung des Achtstundentages Lohnabzüge ... vorzunehmen. Bei Stälöhnen erhöhen sich die Lohnsätze ... so weit, daß in acht Arbeitsstunden der bisherige Tages- ... verdienst erzielt wird. Die für die Mehlerzeugung zuständi- ... gen Kommunalverbände haben Sachausschüsse zu errichten, ... die aus einem unparteiischen Vorsitzenden und je drei Be- ... sitzern, aus dem Kreise der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ... bestehen. Diese Sachausschüsse sollen von den zuständi- ... gen Behörden vor Erlaß wichtiger Anordnungen gehört werden. ... Sie habe bei Regelung des Mehrlingswesens mitzuwirken und ... Anstände auf diesem Gebiet, nötigenfalls unter Anrufung ... der Gewerbeaufsichtsbeamten, zu beseitigen. Auch im übrigen ... können sie Wünsche und Anträge, die sich auf das Bäder- ... und Konditoreigewerbe beziehen, beraten und zur Kennt- ... nis der Behörden bringen.

Donsbach, 11. Dez. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr ... kam auf noch nicht gelöste Weise Feuer in einer Baracke ... aus, die dem Regger Karl Ding gehörte und f. Jt. als ... Russenquartier diente. Das anstoßende massive Haus Ding's ... war durch die Flammen sehr gefährdet, so daß die Dillen- ... burger Feuerwehr alarmiert wurde. Sie konnte aber wie- ... der abbestellt werden, da es dank der Hilfe der im Ort ein- ... quartierten Pioniere gelang, das Feuer auf seinen Herd zu ... beschränken.

Bad Nauheim, 11. Dez. (W.B.) Heute vormittag hiel- ... ten etwa 300 Angehörige der Soldatenräte des 18. Armeekorps ... in der hiesigen Turnhalle eine Versammlung ab. Den Vorsitz ... führte der Vertrauensmann des 18. Armeekorps, Sergeant ... Kremsier. Redakteur Altmeyer sprach über die innere und äußere Lage der deutschen Republik. Hauptmann ... Müller gab Richtlinien für die Soldatenräte. Oberleutnant ... Stenobach hielt einen Vortrag über Demobilisationsfragen. ... Nach dem Vortrag des Redakteurs Altmeyer wurde folgende ... Entschließung gegen 2 Stimmen angenommen: „Die heute in ... Bad Nauheim tagende Räteversammlung der Truppen des ... Bereichs des 18. Armeekorps bekennt sich zu der Regierung ... Ebert-Haase und fordert die baldmöglichste Einberufung der ... Nationalversammlung zur Sicherung und zum Aufbau der ... Republik. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste das un- ... verantwortliche Treiben der Spartakusleute und verlangt von ... der Regierung, daß sie ihr sofort mit allen Mitteln ein ... Ende mache. Als ebenso selbstverständlich muß jeder Ver- ... such gegen die Revolution, der von rechts gemacht wird, aufs ... schärfste bekämpft werden.“

Rainz, 10. Dez. Die Plünderungen an verschiedenen ... Stellen der Heeresbedarfs-Niederlagen haben in den letzten ... Tagen hier einen bedauerlichen Umfang angenommen. ... Bauerleute aus der näheren und weiteren Umgebung, — ... selbst aus dem Taunus kamen sie, — mit Körben, Wagen, ... ganzen Fuhrwerken usw., nahmen umfangreiche Raubzüge ... vor, bis die hiesige Polizei mit größter Energie und Waffen- ... gewalt dem gefährlichen Treiben einen Damm setzte. Auch ... mit Maschinengewehren wurde angegriffen. — Freitag vor- ... mittag konnte man hier noch das Rattern der Geschütze ver- ... nehmen, — wobei es eine größere Anzahl von Toten und ... Verwundeten gab. Die Hauptplünderungen erfolgten in dem ... Heerespark auf der Ingelheimer Aue und den Korpsbefeh- ... lungsdämmern Rainz-Kastel und Rainz-Kostheim. Bei letz- ... teren wurden z. B. ganze Wägenwagen der eckstr. Bahn mit ... Raubgegenständen vollgeproßt, die von der Polizei wieder in ... Gefahrhaft genommen wurden. Auch auf die Armeekon- ... servenfabrik an der Bombachstraße und das Lazarettdepot ... am Winterhafen wurden Raubzüge unternommen, die von ... der Polizei erfolgreich abgewehrt wurden. Den Polizeimann- ... schaften darf man das Zeugnis ausstellen, daß sie sich mit ... Umsicht und Tapferkeit den räuberischen Horden entgegen- ... stellten und sie zur Umkehr zwangen. Hoffentlich wird das ... Gesindel seinen Raub nicht ungehindert genießen, sondern ... nach Möglichkeit zur Rechenschaft gezogen und der verdienten ... Strafe entgegengeführt werden. Jedenfalls haben diese ge- ... waltigen Raubzüge der Allgemeinheit den größten ... Schaden zugefügt. Der Einmarsch der feindlichen Besetzung ... wird diesen gewissenlosen räuberischen Elementen rasch das ... Diebeshandwerk legen.

Beschlüsse der Stadtverordneten
der Stadt Dillenburg
in der Sitzung vom 10. Dezember 1918, nachmittags 5 Uhr.
Anwesend 17 Stadtverordnete und der Bürgermeister.
Die Verhandlungen leitet der Stadtverordneten-Vor- ... seher Studentrat Koll.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird auf Antrag des ... Vorsitzers die Beratung über Punkt 6 der Tagesordnung: ... „Doppelte Anrechnung der Kriegsjahre auf das Pensions- ... dienalter der Beamten“ in die geheime Sitzung verwiesen.

Der Bürgermeister hatet sodann zufolge an ihn er- ... gangenen Wunsches den Dank der 105. Inf.-Div. ab für ... die den Truppen in unserer Stadt gewordene Aufnahme.
Die Tagesordnung findet hiernach Erledigung, wie folgt:
1. Kosten der Geschäftsführung des Arbeiter- und ... Soldatenrates. — Gemäß der Magistratsvorlage ge- ... nehmigt die Versammlung, daß außer der Bestellung des Ge- ... schäftszimmers, der Heizung und Beleuchtung die Hälfte der ... entfallenden Kosten für Entlohnung des Vorsitzenden (täglich ... M. 10.—) und eine Schreibhilfe (täglich M. 5.—) insgesamt ... bis Ende des Wirtschaftsjahres etwa 1000 M. auf die Stadt- ... kasse übernommen werden, während die andere Hälfte der ... Kosten dem Kreis zu Lasten fallen wird, der Übernahme ... von zwei Dritteln durch die Stadt beantragt hatte.

2. Betriebsbericht der Stadt. Licht- und Was- ... serwerke für 1917 — wird nach teilweiser Verlesung ... zunächst an den zuständigen Ausschuss verwiesen.

3. Erwerbslosenfürsorge. — Die betr. Regie- ... rungs-Verordnung ist in diesem Blatte veröffentlicht. Rich- ... tlinien zu deren Ausführung sind von den Städtetagen aus- ... gearbeitet und den Gesetzesvorschriften gemäß festgelegt. Der ... Magistrat hat dieselben für unsere Stadt angenommen und ... veranschlagt den auf die Stadt entfallenden Kostenanteil auf ... etwa 5000 M. jährlich. (Von den Gesamtkosten sollen laut ... Gesetz sechs Zwölftel durch das Reich, vier Zwölftel vom ... Bundesstaat und zwei Zwölftel von der Gemeinde getragen ... werden.) Die Stadtverordneten genehmigen den Magistrats- ... antrag, bewilligen die geforderten Kosten und ersuchen weiter ... den Magistrat, unbeschädigt die Ausführung von Notwendig-

arbeiten vorzubereiten bezw. geeignete Vorschläge zu machen, ... um der Erwerbslosigkeit zu steuern.

4. Errichtung eines städt. Mieteinigungsamtes. — ... Auch dieser Magistratsbeschluss beruht auf Regierungsvor- ... setzung. Der Magistrat erachtet die Errichtung als ... unerlässlich und beantragt Genehmigung. Die Versamm- ... lung beschließt zunächst Verweisung an die Baukommission.

5. Erhöhung der städt. Beteiligung an Gemein- ... nützigen Bauverein. — Die Angelegenheit hat bereits ... früher die Versammlung beschäftigt und war an den Kriegs- ... fürsorgeausschuss überwiesen worden. Dieser schlägt eine ... städtische Beteiligung in Höhe von 20 000.— M. vor, was die ... Versammlung ohne Debatte genehmigt.

6. Es folgt eine allgemeine Aussprache über Einqua- ... rtierungsfragen, in deren Verlauf sowohl begründete wie un- ... begründete Beschwerden erörtert werden, deren Wiedergabe ... im Einzelnen hier zu weit führen würde. Die Versamm- ... lung war darin einig, daß dem Vorsitzenden der Einqua- ... rtierungskommission, Dr. Dönges, und den beteiligten städt. ... Beamten und Mitgliedern für die geleistete überaus große ... und anstrengende Arbeit der Dank der Stadt gebühre. Be- ... rechtigte Beschwerden über ungenügende Ungleichheiten in der ... Belegung sollen abgestellt werden; bezügliche Anträge nimmt ... die Kommission und der Bürgermeister entgegen. Beschluß- ... fassung über die Höhe der Einquartierungsgelder und Ent- ... schädigungen bleibt einer späteren Sitzung vorbehalten. Mit ... Bedauern nimmt die Versammlung Kenntnis von eines ... Reihe unerquicklicher Vorkommnisse in Bezug auf die Be- ... handlung des Kriegsmaterials durch nach Hause strebende ... Truppen und namentlich betr. ungenügende Unterkunfts- ... und Fütterungs-Verhältnisse von Pferden, unter denen ... große Sterblichkeit herrscht. Auf Antrag Regenerich erucht ... die Versammlung den Magistrat, geeignete Tiere zum ... Schlachten aufzukaufen. Einen Antrag des Stadtv. Con- ... rad, im Scheunenviertel eine Feuerwache einzurichten, ... gibt die Versammlung befürwortend an den Magistrat weiter.
Es folgt geheime Sitzung über den oben erwähn- ... ten Punkt 6 der Tagesordnung und über Personalan- ... gelegenheiten, die gegen 7 1/2 Uhr geschlossen wird.

Verantwortlicher Schriftleiter: A. Sattler-Dillenburg.

Amliche Bekanntmachungen.

Verordnung
über die Benutzung von Grundstücken und ... Gebäuden, Schiffen und Wasserfahrzeugen ... zu militärischen Zwecken nach Eintritt des ... Friedenszustandes.
Som 28. November 1918.

§ 1. Die Reichsregierung und in deren Vertretung die ... obersten Behörden der Militär- und Marineverwaltung könn- ... en während sechs Monaten nach Eintritt des Friedens- ... zustandes (§ 32 des Gesetzes über die Kriegseinstellungen vom ... 13. Juni 1873, Reichs-Gesetzbl. S. 129) in Fällen dringenden ... Bedarfs für militärische Zwecke
1. Grundstücke und Gebäude, die auf Grund des § 3 Nr. 4 ... des Kriegseinstellungsgesetzes in Anspruch genommen worden ... sind, weiter benutzen,
2. Grundstücke und Gebäude neu in Anspruch nehmen.
Ueber die Frist von sechs Monaten hinaus ist die Weit- ... benutzung und die neue Inanspruchnahme von Grundstücken ... und Gebäuden bis zum Ablauf von zwei Jahren nach Ein- ... tritt des Friedenszustandes zulässig, wenn die Landes- ... traßbehörde ihre Zustimmung erteilt.

Die Vergütung für die Benutzung wird in allen Fällen ... gemäß § 14 Absatz 3 des Kriegseinstellungsgesetzes festgesetzt; ... im übrigen finden die Vorschriften dieses Gesetzes über In- ... anspruchnahme von Gebäuden und Grundstücken entsprechende ... Anwendung. Die Beträge, die gemäß § 7 Absatz 2 Satz 3 ... des Gesetzes für Vorschußleistungen erforderlich werden, hat ... das Reich den Gemeinden zur Verfügung zu stellen.
Die Bestimmung des § 14 Absatz 3 des Kriegseinstellungs- ... gesetzes findet keine Anwendung, wenn die oberste Behörde ... der Militär- oder Marineverwaltung oder eine von ihr ... für den einzelnen Fall beauftragte Behörde binnen eines ... Frist von einem Monat nach der Desarmierung der Festung ... dem Eigentümer schriftlich erklärt, das Grundstück nach den ... Vorschriften dieser Verordnung weiter benutzen zu wollen.

§ 2. Unter den Voraussetzungen des § 1 und für die ... dort vorgesehene Zeit können die obersten Behörden der Mi- ... litar- und Marineverwaltung Schiffe und Wasserfahrzeuge, ... die auf Grund des Kriegseinstellungsgesetzes in Anspruch genom- ... men worden sind, weiter benutzen oder Schiffe und Wasser- ... fahrzeuge neu in Anspruch nehmen. An die Stelle der Lan- ... deszentralbehörde tritt hierbei die Reichsregierung (Reichs- ... wirtschaftsamt). Auf die Inanspruchnahme finden die Vor- ... schriften des Kriegseinstellungsgesetzes entsprechende Anwen- ... dung.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Be- ... stätigung in Kraft.
Berlin, den 28. November 1918.
Die Reichsregierung:
Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Bartsch.
Der Staatssekretär des Innern:
Dr. Preuß.
Dillenburg, den 5. Dezember 1918.
Der Landrat: S h e i l

Staatssekretär Erzberger hat auf die nachfolgenden Fra- ... gen die befragten Antworten gegeben:
1. Frage: Dürfen erst nach Waffenstillstand entlassene Hee- ... resangehörige, die nicht vor Kriegsausbruch im besetzten ... Gebiet anständig waren, hier bleiben?
1. Antwort: Ordnungsmäßig entlassene Wehrpflichtige, die ... während des Krieges im besetzten Gebiet anständig wurden ... oder deren Familien während des Krieges dorthin bezu- ... zogen sind, können hierbleiben.

2. Frage: Dürfen zwischen Kriegsausbruch und Waffenstil- ... land Eingewanderte ohne Rücksicht auf die Dauer des ... Aufenthaltes hierbleiben?
2. Antwort: Ja.
3. Frage: Dürfen Entlassene, darunter auch stets rekrutier- ... te Unterdienste, die nie Wehrdienst getan haben, hierblei- ... ben, wenn sie erst nach dem Waffenstillstand zugezogen ... und hier beruflich tätig sind?
3. Antwort: Nein, mit Ausnahme von Beamten.

4. Frage: Können Nichtwehrpflichtige bleiben, die kurz vor ... oder nach dem Waffenstillstand zugezogen sind?
4. Antwort: Ja.
Wiesbaden, den 8. Dezember 1918.
Der Demobilisationskommissionar,
Wird veröffentlicht.
Dillenburg, den 11. Dezember 1918.
Des Landrat: v. G h u s t

Bekanntmachung

Sehr. Warenumfahreneu

Meines Hinweils auf die früheren Bekanntmachungen werden diejenigen Warenumfahrentypen, welche ihrer Steuerpflicht für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1918 noch nicht genügt haben, wiederholt aufgefordert, den Warenumfah sofort anzumelden und die darauf ruhende Abgabe von 1 v. Tausend gleichzeitig zu entrichten. Die Unterlassung der Anmeldung wird nach den gesetzlichen Vorschriften bestraft. Steuerpflicht liegt vor, wenn der Warenumfah für den vorgenannten Zeitraum bis zu 1750 Mk. beträgt. Die Herren Bürgermeister der Landgemeinden werden ersucht, auf ordentliche Weise auf diese Bekanntmachung hinzuweisen, die etwa noch rückständigen Umsätze der Gemeinden selbst sofort anzumelden und auch diejenigen Landwirte in ihren Gemeinden, welche für die Abgabe in Frage kommen, zur Anmeldung aufzufordern.

Dillenburg, den 6. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses: v. Sybel

Kreisweineversicherung.

Die betreffenden Herren Bürgermeister des Kreises erlaube ich, mir bestimmt bis zum 15. d. Mts. anzugeben, wie viel bei der Kreisweineversicherung versicherte Schweine bei der am 1. Oktober d. J. erfolgten Bestandsaufnahme vorhanden gewesen sind und welcher Geldbetrag (Prämien) für die Versicherung im Laufe d. J. (einschl. des Monats Dezember) im ganzen bei Ihnen eingegangen ist. Die Beträge für 1918 sind, soweit es noch nicht geschehen, spätestens bis zum 1. Januar n. J. an die Zahl- und Markenstellen abzuliefern.

Dillenburg, den 6. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses: v. Sybel

Butter.

Die Wochenproduktion für die Fettunterforsten wird hiermit bis auf weiteres auf 20 Gramm festgesetzt. Die Herren Bürgermeister wollen die Inhaber der Gemeindebutterfahstellen mit entsprechender Anweisung versehen.

Dillenburg, den 9. Dezember 1918.

Der Vorstand: v. Sybel

Suche pr. 1. Januar oder später eine gutgehende

Wirtschaft,

Kolonial- oder lechn. Geschäft zu pachten od. zu kaufen. Gefl. Angeb. unter S. 4763 an die Geschäftsst.

Villa

in Dillenburg zu kaufen gesucht. Angebote unter S. 4755 an die Geschäftsst. dieses Blattes.

Tüchtiges zuverlässiges Mädchen

Hotel „Zur alten Post“ Rennerod (Weslerwald).

Ein zuverlässiges Mädchen

auf sofort gesucht. Frau Frede, Gastwirtschaft, Friedrichstraße 26.

15-jähriges Mädchen sucht Stelle, auch als

Zweitmädchen

auf das Land. Näheres Geschäftsstelle.

Wegen Erkrankung des jetzigen suchen wir ein braves, fleißiges

Mädchen

vom Lande Frau C. Wily. Weij. Leimsabrik, Saiger.

Haus mit Stall und Wiese zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Ein neuer Karer Erntewagen

zu verkaufen.

Ferdinand Arnold. Eibach (Dillhr.)

Landhaus

möglichst mit großen Gartenanlagen im Dillkreis zu kaufen gesucht.

Angebote unter S. 4759 an die Geschäftsstelle.

Gut erhaltenes Schaukelpferd,

echt Fell, 1,10 lg. für 80 Mk. zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

1 tüchtiger Wagnergehilfe

für dauernde Arbeit sofort gesucht (4760)

Louis Becker Dampfwarenelei.

Langenaubach Dillh.

Ein kräftiger, solider Arbeiter für Ofenbetrieb in dauernde Stellung auf sofort gesucht.

Städtische Licht- und Wasserwerke.

Pferde-Versteigerung.

Am Freitag, dem 13. d. Mts., vorm. 10 Uhr, werden in Saiger, Bahnhofstr. 12, auf dem Marktplatz 1 mehrere ausgefucht gute Jungpferde meistbietend versteigert. Zu der Versteigerung sind Interessenten aus Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe zugelassen. Händler sind grundsätzlich ausgeschlossen. Jeder Teilnehmer muß einen befähigten Ausweis besitzen, daß er das Pferd zum eigenen Betriebe benötigt und nicht Händler ist.

Saiger, den 11. Dezember 1918.

Landsturm-Inf.-Batt. Mainz XVIII, 17.

Erdarbeiter

nach Würgendorf gesucht.

Schriftliche oder mündliche Anmeldung bei

Ed. Durth, Unternehmer, Salchendorf b. Neunkirchen (Sieg).

Eine Partie waschender Wirtschaftsmaschinen für Frauen

wird preiswert abgegeben. Ernst Kraß, Dillenburg, 4766 Mech. Näherei.

Waschmaschinen gut und preiswert stets am Lager. Th. Kerber, Siegen, Kölner-Strasse 6, Telefon Nr. 1264.

Sunge Simmentaler Kuh,

Ende Januar halbtend, bald zu verkaufen. (4748)

Wilhelm Gung 2., Sechshelden.

Schuhmachergehilfen sowie Lehrlingen

somit gesucht.

Julius Thomas, Schuhmachermeister, Hauptstraße 57.

Verloren.

Am Montag Abend auf dem Wege vom Bahnhof Dillbrecht nach Dillbrunn eine schwarze Handtasche.

Gegen Belohnung abzugeben bei Hermann Kesper, Dillbrunn, Dillhr.

Portemonnaie

verloren (obere Marbach) Inh. Ring und Geld. Geg. Belohnung abzugeben

Marbachstraße 65.

Zwiebeln,

schöne trockene Ware empfiehlt

Ernst Wissenbach. Ein einblättriges

Wohnhaus

mit 9 Räumen, Scheuer, Stallung und schönem Obstgarten zu verkaufen.

Näheres i. d. Geschäftsstelle. 60 Meter guter

Matrazendrell 100 Meter gebleichter, auskochbarer

Rouleaur-Körper, passend zu Sonnenvorhängen, werden preiswert abgegeben.

Ernst Kraß, Dillenburg, 4767 Mechan. Näherei.

Abhandengekommen

ist mir am Montag von meinem Hause ein junger Steinbracke,

gelb-braun mit weißem Hals und Pfoten, Misseilungen über den Verbleib des Hundes werden gut belohnt.

Vor Ankauf wird gewarnt. H. Bollberg, Neunkirchen 4761 (Bez. Arnsberg).

Am Sonnabend vom Soldat geliebener Handwagen abhanden gekommen. Gegen Belohnung abzugeben. Hiltensplatz 22.

Wir danken von Herzen für die wohlwollenden Beweise der Teilnahme an unseren schweren Verlusten.

Dillenburg, 11. Dezember 1918.

Kommerzienrat Og. Landsfried und Frau

Alice Otto geb. Landsfried

Referendar Erich A. Landsfried.



Am 6. November d. J. starb an seinen in den letzten Kämpfen an der Maas durch Granatsplitter erhaltenen Wunden für sein Vaterland mein geliebter Mann, unser guter Vater, Sohn und Bruder, der

Lehrer Wilhelm Ries,

Leutnant d. R. und Kompanieführer d. 11. Komp., Inf.-Regt. 352, Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse

in seinem 30. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Emma Ries geb. Janger
Erich Ries
Erika Ries
Georg Ries
Anna Maas geb. Ries.

Dangendorf, Siegenbain, Sinn, 11. November 1918.

An unsere geehrte Kundenschaft!

Da die Vorräte an Rohmaterialien zum größten Teil von den Brauereien aufgebraucht und neue Zufuhren durch die Bahnsperrung nicht zu erwarten sind, so sind wir nicht mehr in der Lage, die Anträge, welche an den Bierbedarf gestellt werden, zu decken. Wir werden nach Bekanngabe dieses zu einer Einschränkung schreiben, welche dem Bedarf gleichkommt, der vor der Einquartierung durchschnittlich gebraucht worden ist. Diese Maßnahme ist notwendig, um zu verhindern, daß unsere Kundenschaft später längere Zeit ohne Bier ist.

Sachachtungswort

Oranienbrauerei
Kronenbrauerei
Brauerei A. Schramm
Aug. Bösel.